

öffentlich	X
nichtöffentlich	

Fachbereich: Kommunikation & Koordination

Wilhelmshaven, 06.04.2023

Beschlussvorlage an den RAT

TOP: Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine

Beratungsfolge	Sitzungstag	Abstimmung		
		Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen	17.04.2023 (23.05.2023)			
Verwaltungsausschuss	17.04.2023 (23.05.2023)			
Rat	19.04.2023 (24.05.2023)			

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit ~~einer der beiden ukrainischen Partnerstädte von Bydgoszcz/Polen~~ **der ukrainischen Stadt Krementschuk.**

(geändert auf Antrag der Gruppe GRÜNE/GFW im Rat am 24.05.23)

gez. _____

Muth
Fachbereichsleitung

gez. _____

Feist
Oberbürgermeister

Begründung:

Nach Beschluss des Rates vom 15.02.2023 wurde die Öffentlichkeit um Vorschläge für eine mögliche Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt gebeten. Auf den Aufruf in der Zeitung und in den sozialen Medien haben sich vier Personen gemeldet:

Odessa

Hafenstadt am Schwarzen Meer mit rund 1 Mio Einwohner*innen
Hat Regensburg als deutsche Partnerstadt

Tschornomorsk

Hafenstadt am Schwarzen Meer nahe Odessa mit ca. 60.000 Einwohner*innen
Wismar und Witten beabsichtigen eine Partnerschaft einzugehen.

Lwiw (Lemberg)

Stadt in der Westukraine (70 km von der polnischen Grenze entfernt) und ist mit rd. 700 000 Einwohner*innen die siebtgrößte Stadt der Ukraine
Hat Freiburg als deutsche Partnerstadt

Krywyi Rih

Großstadt in der südlichen Ukraine mit ca. 625.000 Einwohner*innen. Die ukrainischen Sportakrobaten, die mittlerweile in Wilhelmshaven leben, kommen von dort.
Duisburg beschloss im Februar 2023 eine Solidaritätspartnerschaft mit der Geburtsstadt Selenskyis

Außerdem schlägt der Fachbereich 13 folgende Städte vor:

Tscherkassy

Stadt mit 286 000 Einwohner*innen im Zentrum der Ukraine am Fluss Dnjepr und am Ufer des Stausees Krzemieniecko. 200 km von der Hauptstadt Kiew entfernt
Partnerstadt von Wilhelmshavens polnischer Partnerstadt Bydgoszcz. Hat noch keine deutsche Partnerstadt.

Krementschuk

Handels- und Industriestadt im Süden der Zentralukraine mit etwa 220.000 Einwohner*innen. Sie liegt etwa 300 km südöstlich von Kiew beidseitig des Dnepr.
Partnerstadt von Wilhelmshavens polnischer Partnerstadt Bydgoszcz. Hat noch keine deutsche Partnerstadt.

Die Verwaltung empfiehlt den Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer der beiden Partnerstädte von Bydgoszcz. Der Vorteil wäre, dass die bestehenden Kontakte nach Bydgoszcz genutzt werden und man später möglicherweise gemeinsame Projekte anstoßen könnte. Ob sich daran eine formale Städtepartnerschaft anschließt, sollte zu gegebener Zeit von den gemachten Erfahrungen abhängig gemacht werden.

Informationen zur Solidaritätspartnerschaft

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) im Rahmen des Projekts „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ bereits seit 2015 ein Netzwerk aus inzwischen 132 formalisierten und nicht-formalisierten kommunalen Partnerschaften (sog. Solidaritätspartnerschaften) mit verschiedenen Vernetzungs-, Beratungs- und Förderangeboten.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 hat die SKEW zahlreiche Anfragen von deutschen Kommunen erhalten, welche ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und Unterstützung im Rahmen einer partnerschaftlichen Verbindung leisten wollen. Um diesen Bedarfen zu entsprechen, bietet die SKEW gemeinsam mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund allen Kommunen die Möglichkeit, auch im Rahmen einer nicht-formalisierten Solidaritätspartnerschaft zielgerichtete und bedarfsorientierte Unterstützung einer ukrainischen Kommune zu leisten.

Der Begriff der Solidaritätspartnerschaften versteht sich als Oberbegriff für die anlässlich des Krieges neu entstehenden kommunalen partnerschaftlichen Beziehungen – unabhängig davon, ob sie formal mit Partnerschaftsurkunde geschlossen wurden oder eine nicht-formalisierte Verbindung darstellen.

Die Servicestelle unterstützt die Kommunen dabei, Ihre Partnerschaft in einer Notsituation solidarisch zu festigen und die Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung sowie die lokale Selbstverwaltung durch kleine Projekte abzumildern. Der Kleinprojektfonds für die Ukraine bietet eine niedrigschwellige Antragstellung samt umfassender Beratung und Begleitung zu den Projektideen. **Die Zuwendungshöhe reicht von 1.000 Euro bis maximal 50.000 Euro (als Anteilsfinanzierung, mit einer Förderquote von bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben). Eine Vollfinanzierung für den Transport von Gütern des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes an Kommunen in der Ukraine sind in maximaler Höhe von 5.000 Euro möglich. Die Stadt Wilhelmshaven muss also auch eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.**

Förderfähige Maßnahmen in der „Partnerstadt“ wären:

- Sicherstellung der lokalen Gesundheitsvorsorge (z.B. Anschaffung notwendiger medizinischer Güter für das städtische Krankenhaus der Partnerkommune)
- lokaler Katastrophenschutz (z.B. Anschaffung von Rettungsfahrzeugen oder Feuerwehrfahrzeugen).
- Selbsthilfeeaktivitäten, um Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung und Geflüchtete in den Kommunen zu mindern (z.B. Aufbau von Nachbarschaftshilfen).
- Verwaltungstechnische Maßnahmen, um die kommunalen Dienstleistungen aufrechtzuerhalten (z.B. Anschaffung von Hardware)
- Aktivitäten im Dreieck (z.B. mit Kommunen in Polen), um Erfahrungen auszutauschen.

Förderfähige Maßnahmen in der deutschen Kommune wären:

- Maßnahmen zugunsten ukrainischer Geflüchteter durchführen (z.B.

Vernetzungsformate zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Partnerschaftslotsen zur Unterstützung bei der Koordinierung der Bedarfe Ihrer Partnerkommune und der lokalen Akteure sowie Bildungs- und Informationsarbeit)

Auch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ruft zur Teilnahme an dem Projekt "Kommunale Direkthilfe für Solidaritätspartnerschaften mit der Ukraine (KomDirekt)" auf. Dieses Projekt wird ebenfalls vom DST unterstützt.

Ziel ist es, dringend benötigte Hilfspakete für ukrainischen Kommunen bereitzustellen. Die Hilfsgüter werden dabei von der GIZ eingekauft und deutschen Kommunen übereignet. Welche Hilfspakete benötigt werden, stimmen die deutschen Kommunen innerhalb ihrer Partnerschaften selbst ab. Die Hilfspakete wie Kommunalfahrzeuge, Bauhofausstattung, Beleuchtung oder Medizinpakete haben jeweils einen Wert von rund 130.000 Euro.

Bisher waren an dem Projekt 30 Städte, Gemeinden und Kreise und ihre jeweiligen Partner in der Ukraine, der Deutsche Städtetag, die internationale Städteplattform Connective Cities, die SKEW und die GIZ beteiligt. Dieses erfolgreiche Projekt soll ausgeweitet werden auf alle drei kommunalen Spitzenverbände und maximal 60 Mitgliedskommunen. Von den bisher teilnehmenden Kommunen sind weiter 27 dabei, so dass 33 Kommunen neu hinzustoßen können. Die Finanzierung erfolgt durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Finanzielle Auswirkungen

- nein – **dann den Rest der Fragen löschen!**
 ja – **dann bitte die folgenden Fragen beantworten**

1. Haushaltsmittel im laufenden Haushaltsjahr veranschlagt:

- ja
_____ Euro
_____/_____ Teilhaushalt / Produkt
_____/_____ Ertrags- / Aufwandskonto
_____/_____ Einzahlungs- / Auszahlungskonto
- nein
über-/außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen
5.000,00 Euro
111305 / 427111 Teilhaushalt / Produkt
_____/_____ Aufwand- / Auszahlungskonto
- gedeckt durch
_____/_____ Mehrerträge / Minderaufwendungen
_____/_____ Teilhaushalt / Produkt
_____/_____ Ertrags- / Aufwandskonto

2. Auswirkungen auf die Folgejahre

- nein – **dann den Rest der Fragen löschen!**
 ja (Darstellung aus dem Investitionsprogramm bzw. Darstellung der mehrjährigen Finanzdaten)

Personelle Auswirkungen

- nein – **dann den Rest der Fragen löschen!**
 ja – **dann bitte die folgenden Fragen beantworten**

1. Stellenplan im laufenden Jahr

- Personalaufwendungen / -auszahlungen sind im Budget enthalten
 Stelle/n nach A__ bzw. __ TVÖD ist/sind im Stellenplan vorhanden

2. Stellenplan Folgejahre

- Personalaufwendungen / -auszahlungen sind im Budget enthalten
 Im Stellenplan benötigte zusätzliche Stelle/n (A__ oder __ TVÖD)

Beteiligte Fachbereiche/Betriebe

- Keine – **dann den Rest der Fragen löschen!**
- Organisationsziffer oder Kurzbezeichnung
(wenn Fachbereiche oder Betriebe beteiligt waren)
- Stellungnahmen angefügt